

Anfrage zur schriftlichen Beantwortung E-002227/2025

an die Kommission

Artikel 144 der Geschäftsordnung

Stefan Köhler (PPE), Peter Liese (PPE), Norbert Lins (PPE), Verena Mertens (PPE), Oliver Schenk (PPE), Christine Schneider (PPE), Ralf Seekatz (PPE), Sven Simon (PPE), Sabine Verheyen (PPE), Marion Walsmann (PPE), Andrea Wechsler (PPE)

Betrifft: Folgenabschätzung der Richtlinie (EU) 2024/3019

In der Folgenabschätzung von Juni 2022, auf der die Richtlinie (EU) 2024/3019 aufbaut, werden die jährlich entstehenden aggregierten zusätzlichen Kosten auf etwa 1,2 Mrd EUR für die Gesamtheit der EU-Mitgliedstaaten beziffert.

1. Auf welcher exakten Datenbasis bauen die Berechnungen der Kommission auf, und liegen der Kommission aktuellere Daten vor?
2. Welche Maßnahmen gedenkt die Kommission zu ergreifen, sollten die geschätzten Kosten massiv von den tatsächlichen Kosten abweichen?
3. Welche Maßnahmen gedenkt die Kommission zu ergreifen, um ein Abweichen der geschätzten Kosten von den tatsächlichen Kosten zukünftig zu verhindern und somit den beteiligten Akteuren Planungssicherheit zu verschaffen?

Eingang: 4.6.2025